

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006***Europäische Struktur fondsförderung in Bremen nach 2007***

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 16/1169 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

In der Förderperiode 2007 bis 2013 wird Bremen erneut von den Mitteln der Europäischen Struktur fondsförderung profitieren. Besonders relevant für Bremen ist die Förderung aus dem Ziel „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, das das heutige Ziel 2 und Ziel 3 zusammenfasst. Aus diesen Mitteln werden ca. 231 Mio. € (laufende Preise) in den Jahren 2007 bis 2013 nach Bremen fließen. Der für die Verwaltung der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zuständige Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie der Senator für Wirtschaft und Häfen, bei dem die Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) angesiedelt ist, erarbeiten in enger Kooperation mit den beteiligten Akteuren ein neues ESF- bzw. ein neues EFRE-Programm Bremen 2007 bis 2013.

Neben diesen zwei großen Programmen kann Bremen von Mitteln aus dem neuen Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ profitieren. Das neue Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“ stellt die Aufnahme der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III (2000 bis 2006) in das Mainstream-Programm dar mit den drei für Bremen relevanten Programmen: Programm zur transnationalen Zusammenarbeit im Nordseeraum, Programm zur transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum und dem Programm zur interregionalen (europaweiten) Zusammenarbeit. In den Programmräumen werden nach derzeitigem Stand EFRE-Mittel in Höhe von ca. 150 Mio. € im Nordseeraum, ca. 200 Mio. € im Ostseeraum und 321 Mio. € für die interregionale Zusammenarbeit zur Verfügung stehen, auf die sich international zusammengesetzte Projektpartnerschaften bewerben können. Konkrete Maßnahmen der Bremer Ressorts und anderer Bremer Akteure sind in Form von Projekten mit internationalen Partnern auf Basis der Anfang 2007 bei der Kommission einzureichenden Programme zu entwickeln. Daher kann der finanzielle Nutzen, den Bremen aus diesen Programmen ziehen kann, derzeit noch nicht konkret benannt werden.

Die EU-Struktur fondsmittel sollen in der nächsten Förderperiode so eingesetzt werden, dass sie zur Realisierung der Lissabon-Strategie beitragen.

Die Lissabon-Strategie hat zum Ziel, die Europäische Union bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt werden zu lassen. Hierfür wurden Zielgrößen festgelegt, z. B. sollen bis 2010 3 % des BIP für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ausgegeben werden und die Beschäftigungsquote bei 70 % im Allgemeinen, bei 60 % für Frauen und bei 50 % für ältere Beschäftigte liegen. Der Einsatz der Struktur fondsmittel soll einen erkennbaren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten. Daher haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, dass 75 % der Struktur fondsmittel so eingesetzt werden, dass sie zur Unterstützung der Lissabon-Strategie beitragen (so genanntes Earmarking). Hierzu zählen fast alle Fördergegenstände des ESF; für den Einsatz der EFRE-Mittel wurde eine Liste erarbeitet, aus der die „Lissabon-fähigen“ Fördergegenstände ersichtlich sind. Hierzu gehören vor allem alle Aktivitäten, die geeignet sind,

- Innovationen in Form neuer oder besserer Produkte, Verfahren und Dienste her vorzubringen,

- Forschung und Entwicklung in Unternehmen besser zu verankern,
- den Wissenstransfer zwischen Unternehmen untereinander und Unternehmen und Hochschulen zu optimieren,
- die Wissensgesellschaft aufzubauen, insbesondere die verstärkte Nutzung von IuK-Technologien, sowie
- Energie besser und effizienter zu nutzen und die Nutzung regenerativer Energien auszubauen.

Das Land Bremen setzt seit Jahren auf das Thema Innovationen, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Mit dem ressortübergreifenden Programm InnoVision 2010 ist hier ein Handlungsrahmen abgesteckt.

Das EFRE-Programm Bremen 2007 bis 2013 wird so aufgebaut, dass es sich einerseits die Zielsetzungen des Innovationsprogramms zu eigen macht und ergänzt und andererseits dazu beitragen wird, wettbewerbsfähige Stadtstrukturen auszubauen und zu sichern. Die Innovationsstrategie des Landes zielt darauf, Bremen zu einer der führenden High-Tech-Regionen in Deutschland zu machen. Dafür wurden sechs Leitthemen definiert, in denen die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft als Grundlage von Innovationen gefördert werden soll. Die Leitthemen sind: Mobile Solutions, eLogistik, innovative Materialien, ökologische Intelligenz, Zukunftsmarkt Gesundheit und maritime Technik und Wirtschaft. Sie repräsentieren die Kompetenzschwerpunkte der Technologieregion Bremen. Darüber hinaus sollen Forschung und Entwicklung (FuE) in der mittelständischen Wirtschaft ausgebaut und die Innovations-Infrastruktur (anwendungsorientierte Forschungseinrichtungen, Transfer- und Beratungsstellen, Technologie- und Gründerzentren, Kommunikationsnetze, Prüf- und Laboreinrichtungen gemeinsam mit der Wirtschaft, Bündelung der Kompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft) gezielt weiter entwickelt werden.

Die Beantwortung der Großen Anfrage erfolgt auf der Basis der Programmentwürfe, über die der Senat noch im Dezember beraten wird. Aussagen zur inhaltlichen und konzeptionellen Ausrichtung stehen insofern noch unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Beschlussfassung.

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

1. Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Senat, Bremen als wichtigen Wirtschaftsstandort mit wissenschaftlichen Einrichtungen auf hohem und höchstem Niveau zu stärken, und zu weiteren Synergieeffekten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu kommen?

Ziel des EFRE-Programms Bremen 2007 bis 2013 ist die Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts. Im Mittelpunkt stehen dabei das Thema „Innovationen“ mit all seinen Facetten sowie die Stärkung der Stadtstrukturen. Untersuchungen (u. a. die Erhebung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung [ZEW] 2004 und der Innovationsbericht des BAW 2006) haben für Bremen ergeben, dass im Vergleich zu anderen deutschen Verdichtungsregionen Bremer Unternehmen vergleichsweise weniger Innovationsaktivitäten durchführen und der Anteil von Innovationsaufwendungen gemessen am Umsatz bei Bremer Unternehmen vergleichsweise niedrig liegt. Weiterhin wurde bilanziert, dass Bremer Unternehmen zu wenig auf Innovationen als Wettbewerbsfaktor setzen.

Dem soll mithilfe des EFRE-Programms begegnet werden:

- Unternehmen werden Anreize geboten, innovative Techniken zu entwickeln und einzusetzen.
- In den bremischen Innovationsfeldern soll die Clusterbildung (Vernetzung, Kompetenzzentren) forciert werden. Denkbar ist hier – unter Beteiligung mindestens eines wissenschaftlichen Partners – die Durchführung von Leitprojekten, die mehrere Teile der Wertschöpfungskette umfassen und sich durch besondere regionalwirtschaftliche Relevanz auszeichnen.
- Die Vernetzung zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen muss weiter ausgebaut werden, um wissenschaftliches Know-how frühzeitig in die Produktionsprozesse einzuspeisen (Einzelheiten vergleiche Antwort zu Frage 2) und die Unternehmen auch durch eine zukunftsfähige Arbeitsorganisationsentwicklung fit für den europäischen Wettbewerb zu machen.

- Es werden Kontakt- und Präsentationsmöglichkeiten (Messen, Transferstage, Round Tables) gefördert/fortgeführt, um den Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren.
- Wissenschaftler sollen Unterstützungsangebote erhalten mit dem Ziel, Innovationsaktivitäten zu verstärken und Unternehmen als Projektpartner zu gewinnen. Dazu gehört Kommunikationstraining, die Auftragsakquisition, das Innovations- und Projektmanagement, vertragliche Fragen und der gezielte Erfahrungsaustausch mit Unternehmen und angewandten Forschungseinrichtungen (Brückenveranstaltungen und Exkursionen).
- Übergreifendes Ziel ist dabei die Mobilisierung der Wachstums- und Arbeitsplatzpotentiale in den zukunftsfähigen Sektoren der regionalen Wirtschaft.

Die Kooperation des Senators für Wirtschaft und Häfen und des Senators für Bildung und Wissenschaft wird unter Einbeziehung der weiteren an der Innovationsstrategie beteiligten Senatsressorts auf hohem Niveau intensiviert, um diese ehrgeizigen Zielvorstellungen seitens des Senats zu begleiten und umzusetzen. Die vorgestellten Maßnahmen machen deutlich, dass sich das EFRE-Programm kohärent in die strategische Ausrichtung bremischer Wirtschafts-, Wissenschafts- und Beschäftigungspolitik einfügt.

2. Wie gedenkt der Senat künftig die Kooperationsmöglichkeiten von Wissenschaft und Wirtschaft auszubauen, vor allem im Bereich des Innovationsmanagements?

Um in einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft erfolgreich bestehen zu können, ist neben einer funktionierenden Netzwerkstruktur ein gut ausgebautes Transfer- und Beratungssystem unabdingbar.

Zwar gilt bereits heute, dass die bremischen Transfereinrichtungen gut angenommen werden, doch nehmen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (im Folgenden: KMU) das hochwertige Forschungsangebot in der Region noch zu wenig wahr. Es müssen daher die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um beispielsweise die in der Broschüre „Wissenschaft und Wirtschaft verbinden“ vorgestellten Institutionen und Firmen von Wissenschaft und Wirtschaft in Bremen, Bremerhaven und der Region besser als bislang bekannt zu machen und miteinander zu vernetzen sowie dafür zu sorgen, dass das vorgestellte umfassende Beratungs- und Kompetenzangebot insbesondere von KMU in Bremen und Bremerhaven stärker genutzt wird.

Ein effizientes Innovationsmanagement umfasst sowohl die bessere Vernetzung der regionalen Akteure entlang der Wertschöpfungskette als auch die Beratung von regionalen Akteuren über weitergehende Bundes- und EU-Förderprogramme. Es wird daher angestrebt, Beratungen zu fördern, die den Zugang von Wissenschaft und Wirtschaft zu (internationalem) Technologie- und Innovations-Know-how aufzeigen. Ziel ist die Stärkung des Informationsflusses zwischen Nachfrage- und Angebotsseite, also zwischen den Unternehmen und den Forschungszentren/Universitäten/Hochschulen. Von zentraler Bedeutung sind in diesem Kontext auch Institutionen, die den Know-how-Transfer in die Köpfe der Menschen gewährleisten. Das betrifft die regionalen Berufsbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie die universitäre Ausbildung des Lehrpersonals. Hier sind Strukturen der Vernetzung zwischen den Akteuren zu schaffen, um auf dem regionalen Arbeitsmarkt den Standortfaktor Qualifikation auf allen Hierarchieebenen verfügbar zu machen und so die wirtschaftlichen Innovationsprozesse auch personell abzusichern.

Zudem kann der Zugang von KMU und wissenschaftlichen Einrichtungen zu FuE-Aktivitäten in internationalen Netzwerken über eine Unterstützung bei der Vorbereitung drittmittelfinanzierter FuE-Anträge in Technologie- und Innovationsprogrammen des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft (Teilnahme am 7. Forschungsrahmenprogramm) erfolgen. Auf diese Weise werden die EFRE-Strukturfondsmittel eingesetzt, um weitere Drittmittel für Bremen zu generieren.

Einerseits soll damit auch eine frühzeitige Integration des Bedarfs, der Marktnachfrage sowie von Design- und Kommunikationsaspekten in einem frühen Stadium des FuE-Prozesses gewährleistet, andererseits soll grundsätzlich eine Annäherung zwischen Universitäten/Hochschulen und Unternehmen gefördert werden. Parallel dazu sind Beratungs- und Qualifizierungsangebote für KMU wich-

tig, die zukunftsfähige Strategien der betrieblichen Personalentwicklung und des betrieblichen Wissens- und Innovationsmanagements aufbauen oder vorhandene Strategien effektiver gestalten und im Rahmen von Netzwerken den Kompetenztransfer in die regionale Wirtschaft stärken. Weiterhin ist in den Unternehmen und bei den Bürger/-innen eine Kultur des lebenslangen Lernens und der Nutzung von E-Learning-Angeboten anzustoßen, um eine prospektive regionale Qualifikationsentwicklung zu gewährleisten. Auch die besonderen Innovationspotenziale von Frauen sollen durch die EFRE-Förderung verstärkt mobilisiert werden.

3. Wie gedenkt der Senat, den Imagegewinn, der mit dem Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur und mit der Auszeichnung Bremens zur Stadt der Wissenschaft verbunden war und ist, auszubauen?

Mithilfe des EFRE-Programms Bremen 2007 bis 2013 ist der Senat auch bestrebt, den durch die Auszeichnung zur „Stadt der Wissenschaft“ verbundenen Imagegewinn dauerhaft zu stabilisieren bzw. auszubauen. Im Vergleich zu anderen Städten gilt Bremen als Vorreiter für Initiativen oder Einrichtungen, die sich dem Public Understanding of Science verschrieben haben. Dazu zählt insbesondere das „Haus der Wissenschaft“, das mit Ausstellungen, Vorträgen und Diskussionen auf verständliche Weise aktuelle Themen aus Wissenschaft und Forschung vorstellt. Einerseits soll damit die Kommunikation nach innen, mit den Bürgerinnen und Bürgern, gestärkt werden, andererseits will der Senat die Einrichtungen des Public Understanding of Science nutzen, um Bremen insbesondere überregional stärker zu vermarkten.

Angesichts knapper Mittel und angesichts einer gewissen Technikskepsis ist es zunehmend wichtiger, für eine hohe Akzeptanz von Forschung und Wissenschaft in breiten Teilen der Bevölkerung zu werben, um weiterhin für den Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bremen die notwendige Unterstützung zu haben, aber auch um frühzeitig wissenschaftlichen Nachwuchs anwerben zu können. Wissenschaftszweige, die in der Öffentlichkeit (noch) nicht angemessen wahrgenommen werden, erhalten die Chance, sich verstärkt unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielgruppen verständlich zu präsentieren, auch, um die Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse für alltägliche Prozesse und Entwicklungs- und Berufschancen für nachwachsende Generationen bewusst zu machen. Besucher und Teilnehmer der bremischen Science Center werden nicht nur unterhalten, sondern (im besten Fall von Kindesbeinen an) über Veranstaltungen und Vorträge spielerisch an Technik und wissenschaftliche Zusammenhänge herangeführt. Sie werden neugierig auf wissenschaftliche Zusammenhänge und kommen so gegebenenfalls schon frühzeitig mit späteren Arbeitsfeldern in Berührung.

Zusätzlich wird mit Veranstaltungen an der Schnittstelle Wissenschaft und Wirtschaft der Öffentlichkeit die Relevanz von Wissenschaft und Forschung für den Strukturwandel im Land Bremen verdeutlicht. Die Teilnehmer lernen, welche Bedeutung die zu oft noch unsichtbare Wissenschaft für funktionierende Regional-Wirtschaften hat. Darüber hinaus sollen die Veranstaltungen aber auch in die Wissenschaft selbst hinein wirken und Forscherinnen und Forscher nachhaltig für die Bedeutung der Wissenschaftskommunikation sensibilisieren.

Bremen bietet neben dem Haus der Wissenschaft erfolgreich eine Reihe von Einrichtungen mit überregionaler Ausstrahlungskraft, die sich das vorhandene Interesse an Wissenschaft und Forschung zueigen machen (z. B. Universum Science Center, Grünes Science Center Botanika, Deutsches Auswandererhaus und das im Bau befindliche Klimahaus in Bremerhaven). Diese (beispielhaft aufgeführten) Einrichtungen tragen wesentlich zu den Erfolgen Bremens und Bremerhavens im Bereich des Städte- und Tagestourismus bei. So zählt beispielsweise das Universum Science Center zu den Top 5 der Science Museen und Science Center in Europa und ist das meistbesuchte technische Science Center nach dem Deutschen Museum in München. Dieses Profil gilt es zu bewahren und auszubauen. Die oben genannten Ansätze sollen hierzu mit den weiteren im Land Bremen vorhandenen touristischen Potentialen verknüpft werden. Die Einführung zukunftsweisender Informations-, Leit- und Buchungssysteme soll dazu beitragen, dass sich Bewohner und Besucher die Region leichter erschließen. Eine fortlaufende Markt- und Trendbeobachtung sowie Marktforschung wird diesen Prozess begleiten und zur Verbesserung der Ergebnisse beitragen.

Bremen will somit die Ansätze im „Public Understanding of Science“ stärker als bislang überregional bekannt machen und dabei den Ruf als Stadt der Wissenschaft auch weit über das Jahr 2005 hinaus festigen.

4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Europäischen Strukturfondsmittel so einzusetzen, dass insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen hiervon profitieren können (dies gilt beispielsweise für den Zugang zu Kapital, für die Möglichkeit, Investitionskostenzuschüsse für Innovations- und Modernisierungsmaßnahmen zu erhalten, es gilt für Qualifizierungsmaßnahmen und für Maßnahmen, die dazu beitragen, die in den Unternehmen benutzten Ressourcen effizienter einzusetzen)?

Insbesondere für das verarbeitende Gewerbe in Bremen ist eine unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit in Bezug auf Innovationsprojekte festzustellen. Darüber hinaus verbessern laut Erhebung des ZEW aus 2004 relativ wenige Unternehmen mithilfe neuer Verfahren ihre Produkte (33 % gegenüber 38 % in anderen Vergleichsregionen). Die Mittel des EFRE-Programms Bremen sollen so eingesetzt werden, dass sie zu einem Abbau dieser Unterschiede beitragen und die betriebliche Leistungs- und Anpassungsfähigkeit an den zunehmend globalisierten Wettbewerb steigern. Dabei ist sowohl an die Beratungsförderung und Umsetzung von Qualifizierungsstrategien (in Kooperation mit dem ESF) wie auch an die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der GA zu denken. Die hierfür notwendigen Förderrichtlinien werden – z. T. gemeinsam mit dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales – überarbeitet und an das EU-Recht angepasst.

Die EFRE- und die ESF-Förderstrategie ergänzen sich hierbei: Der Schwerpunkt „Berufliche Weiterbildung von Beschäftigten“ im ESF-Programm konzentriert sich auf die Personalentwicklung in den durch die Landesstrategie InnoVision 2010 definierten Zukunftsbranchen und darauf, den dort Beschäftigten aller Hierarchiestufen innovative Qualifikationen zu vermitteln. Durch die Verknüpfung der Förderstrategien im ESF und EFRE wird eine kohärente regionale Wachstumsstrategie verfolgt: Die Verbreitung zukunftsorientierter Organisations- und Personalentwicklungsstrategien, eine regionale Kultur des lebenslangen Lernens und ein gut funktionierender Arbeitsmarkt bilden zusammen das Umfeld, in dem betriebliche Innovationen gelingen können.

5. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, künftig mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds Existenzgründungen zu begünstigen, und so zu einer weiteren Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur beizutragen?

Insbesondere die in Antwort auf Frage 4 erwähnten Maßnahmen zur Verbesserung der betrieblichen Leistungs- und Anpassungsfähigkeit sowie die Maßnahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung werden den Diversifizierungsbemühungen einzelner Unternehmen, die der Senat flankiert, auch weiterhin Rechnung tragen. Existenzgründungen können darüber hinaus ab 2007 auch mit Bundesmitteln gefördert werden. Derzeit ermitteln der Senator für Wirtschaft und Häfen und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die sich daraus ergebenden Spielräume, so dass Landesmittel auch künftig effizient eingesetzt und Doppelförderungen vermieden werden. Die Existenzgründung von Hochschulabsolventen wird voraussichtlich auch weiterhin in der Landesförderung verbleiben und soll mit EFRE-Mitteln erfolgen.

6. Wie gedenkt der Senat, die Kofinanzierung und ausreichend personelle Kapazitäten für die Durchführung der Europäischen Strukturfondsprogramme sicherzustellen, um die in den Jahren 2007 bis 2013 zur Verfügung stehenden europäischen Strukturfondsmittel bestmöglich einzusetzen?

Die beim Senator für Wirtschaft und Häfen angesiedelte Verwaltungsbehörde für das EFRE-Programm und die für das ESF-Programm Bremen verantwortliche Stelle beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales müssen in den nächsten Monaten die Durchführungssysteme des Programms gegenüber der Europäischen Kommission ausführlich beschreiben. Hierbei wird gegenüber der EU-Kommission deutlich zu machen sein, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Durchführung der Programme zur Verfügung gestellt wird.

Ferner wird sich der Senat im Dezember 2006 vor Einreichung der operationellen Programme EFRE und ESF mit diesen befassen. Im Weiteren werden durch die

programmverantwortlichen Ressorts im Zusammenhang mit den kommenden Haushaltsaufstellungen (2008 ff.) Vorschläge zu machen sein, wie die notwendigen Kofinanzierungsmittel – im vorgegebenen Finanzrahmen – bereitgestellt werden können. Angesichts der nach wie vor schwierigen Haushaltssituation ist verstärkt der Einsatz von Drittmitteln sicherzustellen, sofern sie zur Realisierung von Zielsetzungen bremsischer Politik beitragen. Dies ist bei den EU-Strukturfondsmitteln in besonderem Maße gegeben. Generell gilt, dass angesichts knapper Haushaltsmittel und der extremen Haushaltsnotlage eine mittel- und langfristige Priorisierung auch von EU-Vorhaben notwendig ist, um die vorhandenen Mittel auf strategisch bedeutsame Vorhaben zu konzentrieren.